

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

18. Mai 2015

Afghanistan

Anschläge

Bei der Explosion einer am Straßenrand platzierten Bombe im Distrikt Arghistan (Provinz Kandahar) starben am 12.05.15 fünf Zivilisten, drei wurden verletzt.

Nach Angaben der UNAMA kamen am 13.05.15 bei einer Geiselnahme von Gästen in einem Hotel in Kabul 14 Personen ums Leben, mehrere erlitten Verletzungen. Afghanische Sicherheitskräfte stürmten das Gästehaus. Unter den Todesopfern befinden sich ein US-Bürger und ein Italiener. Mindestens ein Taliban-Kämpfer soll getötet worden sein.

Ein deutscher und ein britischer Mitarbeiter der EU-Polizeimission EUPOL starben am 17.05.15 in der Nähe des Flughafens von Kabul, als ein Selbstmordattentäter ihr Fahrzeug rammte. Bei der Explosion wurden 18 afghanische Zivilisten verletzt.

Irak

Vormarsch des IS

Nach Berichten aus irakischen Sicherheitskreisen gelang es dem IS am 17.05.15, die westirakische Stadt Ramadi vollständig unter seine Kontrolle zu bringen. Bei den Kämpfen sollen in den vergangenen Tagen mehr als 500 Zivilisten und Sicherheitskräfte getötet worden und Tausende aus der Stadt geflohen sein. Ramadi ist die Hauptstadt der Provinz Anbar im Westen und liegt ca. hundert Kilometer westlich von Bagdad. Der Fall Ramadis ist für die irakische Armee, die in diesem Gebiet seit Monaten gegen den IS kämpft, ein schwerer Rückschlag.

Pakistan

Anschlag in Karachi

Bei einem Anschlag auf einen mit schiitischen Muslimen besetzten Bus in Karachi starben am 14.05.15 mehr als 40 Menschen, über 20 wurden verletzt. Die Täter stoppten den Bus auf dem Weg zu einer Moschee und erschossen die Insassen. Zum Anschlag bekannte sich die sunnitische Gruppierung Dschundullah (Soldaten Gottes). Sie ist eine Splittergruppe der pakistanischen Taliban, die 2014 dem IS Treue gelobte.

Nord-Waziristan

Die pakistanische Luftwaffe bombardierte am 15.05.15 Verstecke von Aufständischen in Nord-Waziristan und tötete nach eigenen Angaben 17 Extremisten, darunter Mitglieder der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) sowie Afghanen und Usbeken. Mindestens vier Extremisten starben am 16.05.15 bei einem Drohnenangriff des US-Militärs. Bei den Toten soll es sich um Taliban aus der Provinz Punjab sowie um ausländische Kämpfer handeln.

Iran

2,5 Millionen Afghanen

Innenminister Abdolreza Rahmani Fazli hat am 12.05.15 gegenüber IRIB News mitgeteilt, dass sich 2,5 Millionen afghanische Bürger im Lande aufhalten. Er fügte hinzu, dass innerhalb von zehn Jahren etwa fünf Millionen Afghanen ausgewiesen werden könnten. Allerdings seien viele insbesondere wegen der ungünstigen Lebensbedingungen in Afghanistan zurückgekommen. Dies sei durch mangelnde Grenzkontrollen Afghanistans und Pakistans begünstigt worden.

Jemen

Brüchige Waffenruhe beendet

Nachdem am 12.05.15 eine fünftägige Waffenruhe ausgerufen worden war, warfen sich am 14.05.15 beide Seiten Verstöße vor. Die Internetseite Aden al-Ghad meldete unter Berufung auf Augenzeugen, dass Flugzeuge der Allianz unter saudischer Führung am Morgen des 14.05.15 dreimal Houthi-Stellungen in Aden bombardiert hätten. Von Seiten der Militärkoalition ist von zwölf Verstößen der Houthi-Rebellen die Rede. Wenige Stunden nach Ablauf der Waffenruhe nahm die Allianz in der Nacht zum 18.05.15 ihre Luftangriffe auf die Houthi-Rebellen wieder auf.

Palästinensische Autonomiegebiete

Vatikan spricht von „Staat Palästina“

In einem noch zu unterzeichnenden Abkommen zum Status der katholischen Kirche in Palästina ist ausdrücklich vom „Staat Palästina“ die Rede. Inoffiziell spricht der Vatikan seit längerem von Palästina als eigenständigem Staat. Bisher haben weltweit etwa 135 Länder das Gebiet als souveränen Staat anerkannt. Die meisten westlichen Länder vertreten die Auffassung, dass ein palästinensischer Staat erst nach einer Friedenslösung mit Israel anerkannt werden sollte.

Syrien

Kampf um Palmyra/US-Kommandoaktion

Nachdem die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am 16.05.15 den Einmarsch des IS in Gebiete im Norden von Tadmur gemeldet hatte, in deren südwestlichen Stadtgebieten die antiken Stätten von Palmyra (Weltkulturerbe) liegen, erklärten offizielle syrische Stellen inzwischen, dass die Offensive des IS gescheitert sei. Der Angriff habe nach erbitterten Gefechten mit zahlreichen Toten auf beiden Seiten zurückgeschlagen werden können.

Die USA berichteten, am 16.05.15 in einer Kommandoaktion das führende IS-Mitglied Abu Sajjaf getötet zu haben. Dieser soll maßgeblich für Öl-, Gas- und Finanzgeschäfte zuständig gewesen sein.

Ägypten

Mursi zum Tode verurteilt

Ein Gericht in Kairo verurteilte am 16.05.15 den früheren Präsidenten Mohamed Mursi und mehr als hundert weitere Angeklagte zum Tode. Mursi, der während der Revolution von 2011 zusammen mit Hunderten anderer Gefangener aus einem Gefängnis in Wadi Natrun ausgebrochen war, wurde der Spionage und des Gefängnisausbruchs für schuldig befunden. Der Vorwurf der Spionage bezog sich auf eine angebliche Zusammenarbeit mit der Hamas und der Hisbollah im Zusammenhang mit dem Ausbruch.

Das Urteil muss noch von Ägyptens höchster religiöser Autorität, dem Großmufti der Al-Azhar Universität überprüft werden. Zudem ist Berufung möglich. International stieß die Entscheidung des Gerichts auf heftige Kritik.

Mursi war bereits im April 2015 zu 20 Jahren Haft verurteilt worden (vgl. BN vom 27.04.15).

Richter ermordet

Kurz nach dem Urteil gegen Mursi wurden in der Stadt Al-Arisch auf der Sinai-Halbinsel drei Richter ermordet. Bei den Tätern soll es sich um islamistische Terroristen handeln.

Islamisten hingerichtet

Sechs angebliche Mitglieder der im Norden der Sinai-Halbinsel aktiven und mit dem IS verbündeten Terrororganisation Ansar Beit al-Makdis wurden am 17.05.15 hingerichtet. Sie waren im Oktober 2014 wegen Angriffen auf Sicherheitskräfte verurteilt worden. Menschenrechtsorganisationen hatten die Urteile kritisiert und eine Aussetzung der Vollstreckung gefordert.

Libyen

Lage der Flüchtlinge

Laut einem am 11.05.15 veröffentlichten Bericht von Amnesty International werden Flüchtlinge regelmäßig ausgeraubt, gefoltert, entführt und sexuell missbraucht. Amnesty sprach auch von gezielter Gewalt islamistischer Gruppen gegen Christen, zumeist aus Ägypten, Äthiopien, Eritrea und Nigeria. Zuletzt hätte der IS 49 Christen getötet.

Mali

Friedensabkommen unterzeichnet

Am 15.05.15 haben die Regierung und wichtige Rebellengruppen das „Friedens- und Versöhnungsabkommen in Mali“ unterzeichnet. Die Gruppe „Koordination der Bewegungen des Azawad“ (CMA) fordert eine größere Autonomie für den Norden und hat das Abkommen bisher nicht unterzeichnet. Beim Beschluss des Abkommens am 14.05.15 in Algier hat ein Vertreter der CMA das Dokument allerdings paraphiert.

Die am 27.04.15 ausgebrochenen Kämpfe zwischen Pro-Regierungstruppen und der CMA um die Stadt Menaka im Norden hielten am 17.05.15 noch an.

Zentralafrikanische Republik

Rebellen unterzeichnen Waffenstillstandsabkommen

Die rivalisierenden Rebellen in der Zentralafrikanischen Republik haben nach langwierigen Verhandlungen unter Vermittlung der UN ein Abkommen zur Waffenniederlegung unterzeichnet. Ein UN-Sonderbeauftragter erklärte, die zehn Rebellengruppen hätten auch einem Prozess der Abrüstung, Demobilisierung, Wiedervereinigung und Rückführung zugestimmt.

In der Republik herrscht seit 2013 massive Gewalt, nachdem die muslimische Séléka-Rebellenkoalition den langjährigen Präsidenten François Bozizé gestürzt hatte. Vorwürfe gegen Séléka wegen Verstößen gegen die Menschenrechte sorgten für die Formierung der christlichen Anti-Balaka-Milizen, die gegen Muslime vorgehen. Seitdem verüben beide Seiten schwere Menschenrechtsverletzungen. Mehr als 5.000 Menschen starben. Präsidentin Catherine Samba-Panza führt zurzeit eine Übergangsregierung, die – gemeinsam mit einer UN-Friedensmission – versucht, das Land zu stabilisieren.

Burundi

Putschversuch gescheitert

Der Putschversuch von Teilen des Militärs ist gescheitert. „Wir haben uns dazu entschieden, uns zu ergeben“, sagte Putschgeneral Godefroid Niyombare am 15.05.15 der Nachrichtenagentur AFP. Mehrere führende Putschisten wurden verhaftet. Niyombare hatte am Vortag Präsident Pierre Nkurunziza für abgesetzt und die Regierung für aufgelöst erklärt. Die Militärführung und die Polizei hatten allerdings ihre Loyalität zum Präsidenten bekundet. Nkurunziza, der sich bei Beginn des Putsches zu einem Krisengipfel der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) in Tansania aufgehalten hatte, ist wieder nach Burundi zurückgekehrt.

Aus Furcht vor Repressalien der Sicherheitskräfte sollen nach Angaben des UNHCR mehr als 100.000 Burundier, meist Angehörige der Tutsi-Minderheit, vor allem nach Tansania und nach Ruanda geflohen sein.

Hintergrund

Niyombare war im Februar als Geheimdienstchef entlassen worden, nachdem er dem Präsidenten von einer Bewerbung für eine dritte Amtszeit abgeraten hatte. In Burundi stehen am 26.05.15 Parlaments- und einen Monat später die Präsidentschaftswahlen an. Die EAC fordert eine Verschiebung der Wahlen.

DR Kongo

Rebellenangriff und Proteste

Am 11.05.15 griffen Bewaffnete, vermutlich Angehörige der Rebellengruppe ADF (Allied Democratic Forces), die Ortschaft Beni im Osten des Landes an. Mindestens 23 Personen, darunter Frauen und Kinder, wurden ermordet. Hiergegen protestierten am 12.05.15 Hunderte Bewohner gewalttätig. Es war dies der dritte große Angriff von Milizen auf Ortschaften im Kivu-Gebiet in den letzten Wochen.

Nigeria

Tote und Verletzte bei Selbstmordanschlag

Am Busbahnhof in Damaturu im Nordosten sind bei einem Selbstmordanschlag eines jungen Mädchens am 17.05.15 sieben Menschen mit in den Tod gerissen worden, mehr als 30 Menschen wurden verletzt. Ein Augenzeuge erklärte, das Mädchen habe sich in die Luft gesprengt, als es die Wachen im Eingangsbereich des Busbahnhofes bemerkte. Boko Haram bekannte sich bislang nicht zum Attentat.

Boko Haram erobert wichtige Stadt

Die islamistische Gruppierung eroberte nach Angaben eines Regierungsvertreters des Teilstaats Borno die strategisch bedeutsame Stadt Marte vollständig. Seit 2013 wechselte die Kontrolle über die Stadt, die an wichtigen Handelswegen zwischen Nigeria und mehreren Nachbarstaaten liegt, mehrfach zwischen Boko Haram und Regierungstruppen.

Sudan

Wahlergebnisse bestätigt

Der Oberste Gerichtshof bestätigte am 17.05.15 die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom April 2015. Das Gericht wies 122 von 126 Einsprüchen politischer Parteien und unterlegener Kandidaten zurück. In vier Fällen gab es statt und erklärte zuvor unterlegene Parlamentskandidaten zu Siegern. Anschließend ersuchte das Gericht die Nationale Wahlkommission um die Veröffentlichung der offiziellen Endergebnisse. Danach wurde Präsident al-Bashir mit 94 % der Stimmen wiedergewählt. Seine regierende National Congress Party (NCP) gewann 323 der 426 Parlamentssitze. Von den verbliebenen Sitzen erhielt u. a. die Democratic Unionist Party unter al-Mirghani 25 Mandate, die Democratic Unionist Party unter Jalal al-Dagair 15 Mandate. An unabhängige Kandidaten gingen 19 Sitze.

Somalia

Al-Shabaab zurückgeschlagen

Nach Angaben des Gouverneurs von Lower Shabelle eroberten Regierungstruppen bei einem Gegenangriff am 15.05.15 zwei Städte (Awdhegel und Mubarak, ca. 75 km westlich von Mogadischu) zurück, die die al-Shabaab kurz zuvor eingenommen hatte. Bei den Kämpfen sollen vier Personen getötet worden sein, darunter zwei Soldaten. Auf Seiten der Islamisten habe es mehr als 20 Tote gegeben.

EJR Mazedonien

Regierungskrise nach den schweren Kämpfen

Nach den blutigen Kämpfen im Rahmen einer Polizeiaktion in der Stadt Kumanovo mit 22 Toten und 37 Verletzten (vgl. BN v. 11.05.15) traten die Innenministerin, der Verkehrsminister und der Geheimdienstchef zurück. Ihnen waren schwere Fehler bei der Polizeiaktion angelastet worden. Laut offizieller Angaben wollte die Polizei einen Terroranschlag der albanischen Organisation UCK (Nationale Befreiungsarmee) verhindern. Opposition und Medien werfen der Regierung Fehlinformation vor. Belastbare Anhaltspunkte für die Ursache und den Verlauf der Ereignisse fehlen. Die Spekulationen reichen von einer Aktion albanischer terroristischer Gruppe bis hin zu Vorwürfen an die Regierung, die Aktion selbst initiiert zu haben. Der Polizeieinsatz löste auch in Serbien, Kosovo, Albanien sowie Bulgarien Beunruhigung aus. Serbien und Bulgarien entsandten Truppen an ihre Grenze zu Mazedonien.

Großdemonstration gegen Regierung – Opposition fordert Neuwahlen

Am 17.05.15 nahmen trotz Polizeiblockaden bei der Anreise mehr als 20.000 Menschen friedlich an einer Großkundgebung gegen die Regierung in Skopje teil. Der Protest wurde von 14 oppositionellen Parteien – darunter einigen albanischen –, NGOs und Bürgerverbänden sowie Vertretern aller Volksgruppen des Landes organisiert. Sie werfen Ministerpräsident Gruevski vor, tief in Korruption und Kriminalität verstrickt zu sein sowie zunehmend autoritär zu regieren. 20.000 Menschen sollen illegal abgehört worden sein. Die sozialdemokratische Opposition boykottiert wegen angeblicher massiver Wahlfälschung seit mehr als einem Jahr das Parlament. Bei einem von der EU vermittelten Gespräch zwischen Gruevski und dem Oppositionsführer Zaev am 14.05.15 konnte keine Einigung erzielt werden. Die Gespräche sollen am 18.05.15 fortgesetzt werden.

Rund 4.000 Personen haben nach dem Ende der Massendemonstration den Protest fortgesetzt. Die Demonstranten beabsichtigen, vor dem Regierungsgebäude auszuharren, bis Gruevski seinen Rücktritt einreicht. Die Anhänger der Regierung wollen sich am 18.05.15 zur Unterstützung der Regierung vor dem Parlament versammeln. Bei einem Aufeinandertreffen der beiden Lager werden Ausschreitungen befürchtet.

Ukraine

Lage im Osten

Es kam zu weiteren Gefechten. Nach Angaben eines ukrainischen Militärsprechers ist die Lage bei dem Dorf Schyrokyne am Asowschen Meer sowie die rund um den zerstörten Flughafen von Donezk am bedrohlichsten. Nach Angaben des Militärsprechers sind vier Soldaten durch Beschuss verletzt worden. Die prorussischen Separatisten sprachen von einem getöteten Zivilisten nahe Schyrokyne.

Gesetze gegen kommunistische und nationalsozialistische Propaganda

Präsident Poroschenko hat Gesetze in Kraft gesetzt, die jegliche Propaganda für Kommunismus und Nationalsozialismus verbieten. In einer Erklärung hieß es dazu, die Vorschriften verbieten die sowjetischen Symbole, verurteilen das kommunistische Regime, machen die Archive der sowjetischen Geheimdienste zugänglich und erkennen jene Nationalisten als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine an, die an der Seite der Nationalsozialisten gegen die „sowjetische Besatzung“ gekämpft haben. Die Verbotsvorschriften gelten auch für Symbole, Straßennamen, Flaggen, Denkmäler und Gedenktafeln.

Nemzow-Bericht: 220 russische Soldaten im Ostukraine-Krieg getötet

Nach einem am 12.05.15 in Moskau posthum veröffentlichten Bericht des ermordeten Oppositionspolitikers Boris Nemzow sollen im Krieg in der Ostukraine mindestens 220 russische Soldaten getötet worden sein. Diese seien zunächst formell aus der russischen Armee ausgeschieden und hätten dann im Jahr 2014 als „Freiwillige“ für die prorussischen Separatisten gekämpft. Nach Nemzows Darstellung kostete Russland die Unterstützung der Aufständischen bisher mehr als eine Milliarde USD.

Georgien

EGMR: Schmerzensgeld für homosexuelle Demonstrationsteilnehmer

Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 12.05.15 hat Georgien die Teilnehmer einer Demonstration für die Rechte von Homosexuellen im Jahr 2012 nicht ausreichend vor gewalttätigen Übergriffen durch Mitglieder militanter Gruppen geschützt. Geklagt hatten dreizehn Demonstrationsteilnehmer sowie die Homosexuellen-Organisation Identoba. Den Klägern wurde Schmerzensgeld zwischen 1.500 und 4.000 Euro zugesprochen. An der Gay Pride zum Internationalen Tag gegen Homophobie hatten sich am 17.05.12 in der Hauptstadt Tiflis rund 30 Demonstranten beteiligt. Sie waren von Mitgliedern zweier orthodox-konservativer Gruppen eingekreist und beschimpft worden. Es kam auch zu tätlichen Übergriffen. Zeugen zufolge waren nur wenige Polizisten im Einsatz, die sich passiv verhielten.

Nordkorea

Berichte über Hinrichtung des Verteidigungsministers relativiert

Südkoreas Geheimdienst hat am 15.05.15 Angaben zur Absetzung und Hinrichtung des nordkoreanischen Verteidigungsministers, Hyon Yong Chol, relativiert. Hyon sei zwar entlassen worden, Berichte über dessen Hinrichtung könnten derzeit nicht bestätigt werden, sagte ein Sprecher.

Aus südkoreanischen Parlamentskreisen hieß es zunächst, dass der Minister Ende April wegen seiner Kritik an Machthaber Kim Jong-un vor hunderten Zuschauern mit Flugabwehrgeschützen getötet worden sei. Hyon zählte zu Kims engstem Umfeld. Er hatte den Posten des Verteidigungsministers erst vor knapp einem Jahr übernommen.